# John Maynard Keynes (1883–1946)

# Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes

### Ins Deutsche übersetzt von Fritz Waeger [1. Aufl. 1936]
### [The General Theory of Employment, Interest and Money]
### Duncker & Humblot – Berlin

**[***Kursive Hervorhebungen* im Text sind vom Autor. *Eingefügte Kommentare* und Ergänzungen wie Seitenzahlen sind jeweils in eckige Klammern gestellt. Der Übersetzer hat darauf hingewiesen, dass die Begriffe „Production" (Gütererzeugung) durchweg mit „Erzeugung" und „output" (Rohertrag) mit „Produktion" übersetzt worden sind. (S. 325) Freunden der Sprache wird die erste deutsche Übersetzung nicht zum Genusse gereichen. Die oder der Lesende möge sich durch Worte wie z. B. „die Ausgleichung" statt „der Ausgleich" vom Verständnis nicht abhalten lassen.**]**

## Erstes Kapitel.
## Die allgemeine Theorie.

[Seite **3**] […] Ich werde darlegen, daß die Postulate der klassischen Theorie nur in einem Sonderfall, aber nicht im allgemeinen gültig sind, weil der Zustand, den sie voraussetzt, nur ein Grenzpunkt der möglichen Gleichgewichtslage ist. […]

**[***„Klassische Theorie" – als Ausdruck von Marx erdacht und auf Ricardo, Mill und deren Vorgänger angewandt, wie Keynes hervorhebt, während er in den Begriff „klassische Schule" die Nachfolger Ricardos mit einschließt, d. h.* „jene, welche die Ricardosche Theorie angenommen und vervollkommnet haben, einschließlich (zum Beispiel) J. S. Mill, Marshall, Edgeworth und Professor Pigou" *(Fußnote 1, Seite 3)*.**]**

## Vierundzwanzigstes Kapitel.
## Schlussbetrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte.

### I.

**[314]** Die hervorstechenden Fehler der wirtschaftlichen Gesellschaft, in der wir leben, sind ihr Versagen, für Vollbeschäftigung Vorkehrung zu treffen und ihre willkürliche und unbillige Verteilung des Reichtums und der Einkommen. Die Beziehung der vorgehenden Theorie zum ersten Fehler ist offensichtlich. Aber in zwei wichtigen Hinsichten ist sie auch für den zweiten bedeutsam.

Seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts sind, besonders in Großbritannien, durch das Mittel direkter Besteuerung – Einkommensteuer, Zuschlagsteuer und Erbschaftssteuer – kennzeichnende Fortschritte auf dem Wege der Beseitigung großer Ungleichheiten von Reichtum und Einkommen gemacht worden. Viele würden es gerne sehen, wenn dieser Vorgang viel weiter geführt werden würde, aber sie werden von zwei Erwägungen zurückgehalten: einmal durch die Furcht, geschickte Steuerhinterziehungen viel zu lohnend zu machen und auch die Neigung zur Übernahme eines Risikos ungebührlich zu vermindern, aber hauptsächlich, denke ich, durch die Anschauung, daß das Wachstum des Kapitals von der Stärke des Beweggrundes zum individuellen Sparen abhängt, und daß wir für einen Teil dieses Wachstums auf die Ersparnisse der Reichen aus ihrem Überfluß angewiesen sind. Unsere Beweisführung läßt die erste dieser Erwägungen unberührt. Aber sie kann unsere Einstellung zur zweiten beträchtlich ändern. denn

wir haben gesehen, daß bis zu dem Punkt, an dem Vollbeschäftigung vorherrscht, das Wachstum des Kapitals sich keineswegs auf einen niedrigen Hang zum Verbrauch stützt, sondern im Gegenteil, von ihm zurückgehalten wird; und daß nur in Zuständen der Vollbeschäftigung ein niedriger Hang zum Verbrauch förderlich für das Wachstum von Kapital sein wird. Die Erfahrung weist überdies darauf hin, daß in den bestehenden Zuständen die Ersparnis durch Institutionen und Tilgungsfonds mehr als angemessen ist, und daß Maßnahmen für die Wiederverteilung der Einkommen in einer Art, die den Hang zum Verbrauch wahrscheinlich erhöhen wird, sich als unbedingt günstig für das Wachstum von Kapital erweisen können. **[314/ 315]**

Die bestehende Verworrenheit der allgemeinen Anschauung über den Gegenstand wird sehr gut durch die sehr gebräuchliche Ansicht illustriert, daß Erbschaftssteuern für eine Verminderung des Kapitalreichtums des Landes verantwortlich seien. Vorausgesetzt, daß der Staat den Erlös dieser Steuern für seine gewöhnlichen Ausgaben verwendet, so daß Steuern auf Einkommen und Verbrauch entsprechend vermindert oder vermieden werden, ist es natürlich richtig, daß eine Steuerpolitik hoher Erbschaftssteuern die Wirkung hat, den Hang zum Verbrauch des Gemeinwesens zu vermehren. Insofern aber eine Zunahme des zur Gewohnheit gewordenen Hanges zum Verbrauch im allgemeinen (das heißt mit Ausnahme von Zuständen der Vollbeschäftigung) dazu dienen wird, gleichzeitig die Veranlassung zur Investition zu steigern, ist die gewöhnlich gezogene Folgerung das gerade Gegenteil der Wahrheit.

Unsere Beweisführung führt uns somit zu der Folgerung, daß in den gegenwärtigen Zuständen das Wachstum von Reichtum, weit davon entfernt, von der Enthaltsamkeit der Reichen abhängig zu sein, wie gemeinhin angenommen wird, wahrscheinlicher von ihr aufgehalten wird. Eine der hauptsächlichen Rechtfertigungen großer Ungleichheit des Reichtums ist daher beseitigt. Ich sage nicht, daß es keine anderen, von unserer Theorie unberührten Gründe gibt, die unter gewissen Umständen ein gewisses Maß von Ungleichheit rechtfertigen können. Unsere Theorie erledigt aber den wichtigsten der Gründe, warum wir es bis jetzt als ratsam erachtet haben, vorsichtig vorzugehen. Dies berührt namentlich unsere Einstellung zu den Erbschaftssteuern; denn es bestehen gewisse Rechtfertigungen für Ungleichheit der Einkommen, die sich nicht im gleichen Maße auf Ungleichheit von Erbschaften beziehen.

Ich selber glaube, daß bedeutsame Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum gesellschaftlich und psychologisch gerechtfertigt sind, aber nicht so große Ungleichheiten, wie sie heute bestehen. Es gibt wertvolle menschliche Betätigungen, die zu ihrer vollen Entfaltung den Beweggrund des Gelderwerbes und die Umgebung privaten Besitztumes erfordern. Gefährliche menschliche Triebe können überdies durch Gelegenheiten für Gelderwerb und privaten Besitz in verhältnismäßig harmlose Kanäle abgeleitet werden, die, wenn sie nicht auf diese Art befriedigt werden können, einen Ausweg in Grausamkeit, in rücksichtsloser Verfolgung von persönlicher Macht und Autorität und anderen Formen von Selbsterhöhung finden könnten. Es ist besser, daß ein Mensch sein Bankguthaben tyrannisiert als seine Mitmenschen, und während das erstere gelegentlich als ein Mittel zum letzteren bezeichnet wird, ist **[315/ 316]** es wenigstens gelegentlich eine andere Möglichkeit. Für die Anregung dieser Tätigkeiten und die Befriedigung dieser Triebe ist es aber nicht notwendig, daß das Spiel um so hohe Einsätze wie gegenwärtig gespielt wird. Erheblich niedrigere Einsätze werden dem Zweck ebensosehr dienen, sobald sich die Spieler an sie gewöhnt haben. Die Aufgabe, die menschliche Natur umzugestalten, darf nicht mit der Aufgabe verwechselt werden, sie zu beherrschen. Obschon im idealen Staat die Menschen gelehrt, beeinflußt oder erzogen worden sein mögen, an den Einsätzen kein Interesse zu nehmen, mag es trotzdem weise und vorsichtige Staatskunst sein, das Spiel, nach Regeln und mit Begrenzungen, zuzulassen, solange der Durchschnittsmensch oder auch nur ein bedeutender Teil des Gemeinwesens der Leidenschaft des Gelderwerbs tatsächlich stark ergeben ist.

## II.

Aus unsere Beweisführung kann jedoch eine zweite, viel grundlegendere Folgerung abgeleitet werden, die für die Zukunft der Ungleichheiten von Reichtum von Gewicht ist; nämlich unsere Zinstheorie. Die Berechtigung für einen mäßig hohen Zinsfuß wurde bisher in der Notwendigkeit gesehen, eine genügende Veranlassung zum Sparen zu schaffen. Wir haben aber gezeigt, daß das Maß wirksamer Ersparnis notwendigerweise von der Skala der Investition bestimmt wird, und daß die Skala der Investition durch einen *niedrigen* Zinsfuß gefördert wird, vorausgesetzt, daß wir nicht versuchen, sie auf diese Weise über den Punkt anzuregen, der mit Vollbeschäftigung

übereinstimmt. Es ist somit zu unserem besten Vorteil, den Zinsfuß auf jenen Punkt im Verhältnis zur Tabelle der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu senken, auf dem Vollbeschäftigung besteht.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Kriterium zu einem viel niedrigeren Zinsfuß als bisher führen wird; und, soweit aus den mit zunehmenden Beträgen von Kapital übereinstimmenden Tabellen der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals vermuten kann, wird der Zinsfuß wahrscheinlich stetig fallen, wenn es möglich sein sollte, Zustände von mehr oder weniger dauernder Vollbeschäftigung zu erhalten – es sei denn, daß eine übermäßige Änderung im Gesamthang zum Verbrauch (unter Einschluß des Staates) eintritt.

Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten **[316/ 317]** würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertverminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Kurz gesagt, der Gesamtertrag von dauerhaften Gütern während ihrer Lebensdauer würde, wie im Falle von Gütern von kurzer Dauer, gerade ihre Arbeitskosten der Erzeugung *plus* einer Entschädigung für das Risiko und die Kosten der Geschicklichkeit und Aufsicht decken.

Obschon dieser Zustand nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentners bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten.

**[***OK: Hier ist selbstverständlich nicht der Bezieher einer Altersrente gemeint, sondern derjenige, der Einkommen weder aus Arbeit noch auf dem Markte in der Form des Profites erwirtschaftet, also der Renten-Bezieher im volkswirtschaftlichen Sinne, der ein nicht-marktförmiges Mehrprodukt z. B. als Grundrente oder als Monopolrente bezieht. Vgl. Adam Smith!* **]**

Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals. Ein Grund an sich für eine solche Knappheit im Sinne eines wirklichen Opfers, das nur durch das Angebot einer Entschädigung in der Form von Zinsen hervorgerufen werden könnte, würde auf lange Dauer nicht bestehen, ausgenommen, wenn sich der einzelne Hang zum Verbrauch als derart erweisen würde, daß die Reinersparnis in Zuständen der Vollbeschäftigung zu einem Ende kommt, bevor das Kapital reichlich genug geworden ist. Aber selbst dann wird es immer noch möglich sein, die gemeinsame Ersparnis durch die Vermittlung des Staates auf einem Niveau aufrechtzuerhalten, das das Wachstum des Kapitals bis auf den Punkt zulassen wird, auf dem es aufhört knapp zu sein.

Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, daß der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird.

Wir könnten somit in der Wirklichkeit (und es liegt hierin nichts Unerreichbares) auf eine Vermehrung der Menge des Kapitals zielen, bis es aufhört knapp zu sein, so daß der funktionslose Investor nicht länger **[317/ 318]** einen Bonus erhalten wird; und auf einen Plan unmittelbarer Besteuerung, der es ermöglicht, die Intelligenz und die Entschlossenheit und die vollziehende Geschicklichkeit des Finanzmannes, des Unternehmers *et hoc genus omne* (die ihr Gewerbe offenbar so gern haben, daß ihre Arbeit viel billiger als gegenwärtig erhältlich wäre) in den Dienst des Gemeinwesens zu einer angemessenen Entschädigung einzuspannen.

Gleichzeitig müssen wir erkennen, daß nur die Erfahrung zeigen kann, inwieweit der gemeinsame Wille, verkörpert in der Politik des Staates, auf die Vermehrung und Ergänzung der

Veranlassung zur Investition gerichtet werden sollte, und inwieweit es gefahrlos ist, den Durchschnittshang zum Verbrauch anzuregen, ohne auf unser Ziel zu verzichten, dem Kapital innerhalb einer oder zwei Generationen seinen Knappheitswert zu entziehen. es mag sich ergeben, daß der Hang zum Verbrauch durch die Wirkungen eines fallenden Zinsfußes so leicht gestärkt werden kann, daß Vollbeschäftigung mit einer Rate der Anhäufung erreichbar ist, die nur wenig größer ist, als gegenwärtig. In diesem Falle könnte ein Plan höherer Besteuerung der großen Einkommen und Erbschaften dem Einwand ausgesetzt sein, daß er zu Vollbeschäftigung führen würde zu einer Rate der Anhäufung, die beträchtlich unter dem gegenwärtigen Niveau wäre. Man darf mir nicht unterstellen, daß ich diese Möglichkeit oder selbst die Wahrscheinlichkeit dieses Ergebnisses bestreite. Denn in solchen Sachen ist es voreilig, vorauszusagen, wie der durchschnittliche Mensch auf die veränderte Umgebung reagieren wird. Wenn es sich jedoch als leicht erweisen sollte, eine Annäherung an Vollbeschäftigung zu erreichen, zu einer Rate der Anhäufung, die nicht viel größer als gegenwärtig ist, wird wenigstens ein hervorstechendes Problem gelöst sein. Und es würde einer besonderen Entscheidung überlassen sein, zu bestimmen, auf welcher Skala und durch welche Mittel es richtig und vernünftig ist, von der lebenden Generation zu fordern, ihren Verbrauch einzuschränken, um im Laufe der Zeit einen Zustand der Vollinvestition für ihre Nachfolger zu schaffen.

## III.

In einigen anderen Beziehungen ist die vorgehende Theorie in ihren Folgerungen gemäßigt konservativ. Denn während sie auf die lebenswichtige Bedeutung der Erstellung gewisser zentraler Leitungen in Sachen hinweist, die nun in der Hauptsache der einzelnen Initiative überlassen sind, gibt es doch weite Gebiete der Tätigkeit, die unberührt bleiben. Der Staat wird einen leitenden Einfluß auf den hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch **[318/ 319]** die Festlegung des Zinsfußes und teilweise vielleicht durch andere Wege ausüben müssen. ferner scheint es unwahrscheinlich, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinsfuß an sich genügend sein wird, um eine Optimumrate der Investition zu bestimmen. Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird. Aber darüber hinaus wird keine offensichtliche Begründung für ein System des Staatssozialismus vorgebracht, das den größten teil des wirtschaftlichen Lebens des Gemeinwesens umfassen würde. Es ist nicht der Besitz der Erzeugungsgüter, deren Aneignung wichtig für den Staat ist. Wenn der Staat die der Vermehrung dieser Güter gewidmete Gesamtmenge der Hilfsmittel und die grundlegende Rate der Belohnung an die Besitzer bestimmen kann, wird er alles erfüllt haben, was notwendig ist. Die notwendigen Maßnahmen der Verstaatlichung können überdies allmählich eingeführt werden und ohne einen Bruch in den allgemeinen Überlieferungen der Gesellschaft.

**[***OK: Vgl. hingegen Marx` Ziel einer Revolution zur Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln zugunsten des Staates!* **]**

Unsere Kritik der akzeptierten klassischen Theorie der Wirtschaftslehre bestand nicht so sehr darin, logische Fehler in ihrer Analyse zu finden, als hervorzuheben, daß ihre stillschweigenden Voraussetzungen selten oder nie erfüllt sind, mit der Folge, daß sie die wirtschaftlichen Probleme der wirklichen Welt nicht lösen kann. Wenn es aber unseren zentralen Leitungen gelingt, eine Gesamtmenge der Erzeugung festzusetzen, die mit Vollbeschäftigung so nah als durchführbar übereinstimmt, wird die klassische Theorie von diesem Punkt an wieder zu ihrem Recht kommen.

**[***OK: Hierin kann auch einer der Gründe gesehen werden, weshalb der Keynesianismus gerade nach längerer Zeit seiner praktischen Bestätigung in die theoretische Defensive gedrängt werden konnte. Während der Phase annähernd bestehender Vollbeschäftigung (Arbeitslosenquote unter 3%) reichte auch die „klassische Theorie" zur Erklärung ökonomischer Zusammenhänge hin, denn der Keynesianismus verhält sich zu „Klassik/ Neoklassik" wie die Physik Einsteins zur Physik Newtons. Einstein hat die Newtonsche Physik nicht negiert, sondern relativierend überboten, indem er die Bedingungen wie die Grenzen ihrer Geltung bestimmen konnte. Analog weist in der Ökonomie die Metatheorie von Keynes der klassischen Theorie einen Geltungsbereich zu: Vollbeschäftigung.***]**

Wenn wir die Menge der Produktion als gegeben annehmen, da heißt als von Kräften außerhalb des klassischen Gedankensystems bestimmt, dann kann kein Einwand gegen die klassische Analyse erhoben werden über die Art, in der privates Selbstinteresse bestimmen wird, was im einzelnen erzeugt wird, in welchen Verhältnissen die Erzeugungsfaktoren vereinigt werden, um es zu erzeugen, und wie der Wert des endgültigen Erzeugnisses unter ihnen verteilt wird. Oder, wenn wir anderweitig das Problem der Sparsamkeit behandelt haben, kann kein Einwand gegen die moderne klassische Theorie erhoben werden über den Grad der Vereinbarkeit zwischen privatem und öffentlichem Vorteil unter Zuständen des vollkommenen Wettbewerbes einerseits und des unvollkommenen andererseits. Von der Notwendigkeit zentraler Leitung für die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen dem Hang zum Verbrauch und der Veranlassung zur In- **[319/ 320]** vestition abgesehen, besteht somit nicht mehr Grund für die Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens als zuvor.

Um den Punkt konkret darzustellen: ich she keinen Grund anzunehmen, daß das bestehende System die in Gebrauch befindlichen Erzeugungsfaktoren ernstlich fehlbeschäftigt. Es kommen natürlich Fehler in der Voraussage vor; aber diese würden durch eine Zentralisation der Entscheidungen nicht vermieden werden. Wenn von 10 000 000 arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen 9 000 000 beschäftigt werden, liegen keine Beweise dafür vor, daß die Arbeit dieser 9 000 000 Menschen fehlgeleitet wird. Die Beschwerde gegen das gegenwärtige System ist nicht, daß diese 9 000 000 Menschen für andere Aufgaben beschäftigt werden sollten, sondern, daß Aufgaben für die übrigen 1 000 000 Menschen verfügbar sein sollten. Das bestehende System ist in der Bestimmung der Menge und nicht in der Richtung der tatsächlichen Beschäftigung zusammengebrochen.

Ich stimme somit mit **[***Silvio***]** Gesell überein, daß das Ergebnis der Lückenausfüllung in der klassischen Theorie nicht darin besteht, das „Manchester System" aufzugeben, sondern die Natur der Umwelt zu bestimmen, die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Erzeugung verwirklichen soll. Die zentralen Leitungen, die für die Sicherung von Vollbeschäftigung erforderlich sind, bringen natürlich eine große Ausdehnung der überlieferten Aufgaben der Regierung mit sich. Außerdem hat die moderne klassische Theorie selbst die Aufmerksamkeit auf verschiedene Zustände gelenkt, in denen es notwendig sein mag, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu zügeln und zu leiten. Aber es wird immer noch ein weites Feld für die Ausübung der privaten Initiative und Verantwortung verbleiben. Innerhalb dieses Feldes werden die überlieferten Vorteile des Individualismus immer noch Geltung haben.

Halten wir einen Augenblick ein [inne], um uns zurückzurufen, was diese Vorteile sind. Sie sind teilweise Vorteile der Leistungsfähigkeit – die Vorteile der Dezentralisation und des Spieles des Selbstinteresses. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit, die sich aus der Dezentralisation der Entscheidungen und der einzelnen Verantwortung ergibt, ist vielleicht noch größer, als das neunzehnte Jahrhundert annahm; und die Gegenbewegung, die dem Aufruf an das Selbstinteresse folgte, mag zu weit gegangen sein. Vor allem aber ist der Individualismus, wenn er von seinen Mängeln und Mißbräuchen gereinigt werden kann, die beste Gewähr der persönlichen Freiheit, in dem Sinne, daß er im Vergleich zu anderen Systemen das Feld für die Ausübung der persönlichen Auswahl stark erweitert. Er ist auch die beste Gewähr für die Vielseitigkeit **[320/ 321]** des Lebens, die gerade aus diesem weiten Feld der persönlichen Auswahl hervorgeht, und deren Verlust der größte aller Verluste des gleichgearteten oder totalen Staates ist. Denn diese Vielseitigkeit bewahrt die Überlieferung, welche die sichersten und erfolgreichsten Entscheidungen der früheren Generationen einschließen; sie färbt die Gegenwart mit der Abwechslung ihrer Phantasie; und da sie sowohl die Magd der Erfahrung als auch der Überlieferung und der Phantasie ist, ist sie das mächtigste Mittel, um die Zukunft zu bessern.

**[***OK: Keynes kritisiert 1935 Stalinismus und Nationalsozialismus im Hinblick auf den Verlust persönlicher Freiheit, angesichts der Weltwirtschaftskrise unter Ökonomen damals keine Selbstverständlichkeit. Liberales Kriterium bleibt die Anthropodiversität, die Vielgestaltigkeit individueller Persönlichkeiten, die sich in praktischer Auswahl erübt. Zugunsten dieser Vielgestaltigkeit argumentiert Keynes auffällig „konservativ", sich gegen beide „anderen Systeme" wendend. Da der Wirtschaft im Sinne von Keynes die Aufgabe zukommt, die optimalen Bedingungen der Möglichkeiten für Individualismus zu schaffen, folgt die Abgrenzung von denjenigen, die Individualismus nur selbstbezogen befürworten oder gar nur als Ideologem gebrauchen, um ihn zu untergraben.***]**

Während daher die Ausdehnung der Aufgaben der Regierung, welche die Ausgleichung des Hanges zum Verbrauch und der Veranlassung zur Investition mit sich bringt, einem Publizisten des neunzehnten Jahrhunderts oder einem zeitgenössischen amerikanischen Finanzmann als ein schrecklicher Eingriff in die persönliche Freiheit erscheinen würde, verteidige ich sie im Gegenteil, sowohl als das einzige durchführbare Mittel, die Zerstörung der bestehenden wirtschaftlichen Formen in ihrer Gesamtheit zu vermeiden, als auch als die Bedingung für die erfolgreiche Ausübung der Initiative des Einzelnen.

Denn wenn die wirksame Nachfrage unzulänglich ist, ist nicht nur der öffentliche Skandal unbenützter Hilfsquellen unerträglich, sondern arbeitet auch der einzelne Unternehmer, der versucht, diese Hilfsquellen in Tätigkeit zu setzen, mit zu vielen Punkten gegen sich. Das Zufallspiel, das er spielt, ist mit vielen Nullen versehen, so daß die Spieler in ihrer Gesamtheit verlieren werden, wenn sie die Energie und die Hoffnung haben, alle Karten zu geben. Bis jetzt ist der Zuwachs des Reichtums der Welt hinter der Gesamtheit der positiven einzelnen Ersparnisse zurückgeblieben; und die Differenz ist von den Verlusten jener wettgemacht worden, deren Mut und Initiative nicht durch ausnahmsweise Geschicklichkeit oder ungewöhnlich gutes Glück ergänzt worden ist. Wenn aber die wirksame Nachfrage angemessen ist, werden die durchschnittliche Geschicklichkeit und das durchschnittliche gute Glück ausreichen.

Die autoritären Staatssysteme von heute scheinen das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Leistungsfähigkeit und der Freiheit zu lösen. Es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit, die, von kurzen Zeiträumen der Belebung abgesehen – nach meiner Ansicht unvermeidlich – mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus verbunden ist, nicht viel länger dulden wird. Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber möglich sein, die Krankheit zu heilen und gleichzeitig Leistungsfähigkeit und Freiheit zu bewahren. **[321/ 322]**

## IV.

Ich habe beiläufig erwähnt, daß das neue System günstiger für den Frieden sein könnte, als es das alte gewesen ist. Es ist der Mühe wert, jene Ansicht zu wiederholen und hervorzuheben.

Kriege haben verschiedene Ursachen. Diktatoren und andere, denen der Krieg, wenigstens in der Erwartung, eine angenehme Erregung bietet, finden es leicht, auf die natürliche Kriegslust ihrer Völker zu wirken. Darüber hinaus sind es aber die wirtschaftlichen Ursachen der Kriege, nämlich der Druck der Bevölkerung und der Konkurrenzkampf um Märkte, die ihre Aufgabe erleichtern, die volkstümliche Flamme anzufachen. Es ist der zweite Faktor, der wahrscheinlich im neunzehnten Jahrhundert eine überwiegende Rolle gespielt hat und wieder spielen könnte, der mit dieser Erörterung eng verbunden ist.

Ich habe im vorangegangenen Kapitel dargelegt, daß unter dem System des inländischen *laissez-faire* und eines internationalen Goldstandards, wie es in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts orthodox war, einer Regierung kein Mittel offenstand, die wirtschaftliche Not im Inland zu mildern, mit Ausnahme des Konkurrenzkampfes um Märkte. Denn alle für einen Zustand chronischer und unterbrochener Unterbeschäftigung hilfreichen Maßnahmen waren ausgeschaltet, mit Ausnahme der Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbilanz auf der Einkommensrechnung.

Während die Ökonomen somit gewohnt waren, dem vorherrschenden internationalen System als dem Spender der Früchte der internationalen Arbeitsteilung und als dem gleichzeitigen Vereiniger der Interessen verschiedener Nationen Beifall zu zollen, lag doch ein weniger günstiger Einfluß verborgen; und jene Staatsmänner, die glaubten, daß der Wohlstand eines reichen alten Landes, wenn es den Kampf um die Märkte vernachlässigen würde, verblassen und versagen würde, waren von gesundem Menschenverstand und einer richtigen Erfassung des wahren Laufs der Dinge angetrieben. Wenn aber die Nationen lernen können, sich durch ihre Inlandpolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen (und, müssen wir beifügen, wenn sie auch ein Gleichgewicht in der Bewegung ihrer Bevölkerung erreichen können), braucht es keine wichtigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegenzusetzen. Es würde immer noch Raum für die internationale Arbeitsteilung und für internationale Anleihen zu geeigneten Bedingungen geben. Aber es gäbe keinen drückenden Beweggrund mehr, warum ein Land seine Waren einem andern aufzwingen oder die Angebote seines Nachbarn zurückstoßen **[322/ 323]** sollte, nicht weil dies notwendig wäre, um ihm zu ermöglichen, zu bezahlen, was er zu kaufen wünschte, sondern mit dem ausdrücklichen

Zweck, das Gleichgewicht der Zahlungen zu stören und dadurch eine Handelsbilanz zu seinen Gunsten zu entwickeln. Internationaler Handel würde aufhören das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifeltes Mittel, um die Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der, wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt; er würde ein williger und ungehinderter Austausch von Gütern und Dienstleistungen in Zuständen des gegenseitigen Vorteiles sein.

## V.

Ist die Erfüllung dieser Ideen eine traumhafte Hoffnung? Haben sie ungenügende Wurzeln in den Beweggründen, welche die Umwandlung der politischen Gesellschaft beherrschen? Sind die Interessen, die sie durchkreuzen werden, stärker und deutlicher als jene, denen die dienen werden?

Ich versuche an dieser Stelle nicht, eine Antwort zu geben. Es würde einen Band erfordern, dessen Charakter von diesem verschieden wäre, um selbst nur im Umriß die praktischen Maßnahmen anzudeuten, in welche sie allmählich gekleidet werden könnten. Wenn aber die Ideen richtig sind – eine Voraussetzung, auf die der Autor das, was er schreibt, notwendigerweise stützen muß – wäre es, wie ich voraussage, ein Fehler, zu bestreiten, daß sie im Verlauf einer gewissen Zeit Macht gewinnen werden.

Im gegenwärtigen Augenblick erwarten die Menschen mehr als sonst eine grundlegendere Diagnose, sind sie ganz besonders bereit, sie aufzunehmen, begierig, sie auszuprobieren, wenn sie nur einigermaßen annehmbar sein sollte. Von dieser zeitgenössischen Stimmung abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind einflußreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen. Wahnsinnige in hoher Stellung, die Stimmen in der Luft hören, zapfen ihren wilden Irrsinn aus dem, was irgendein akademischer Schreiber ein paar Jahre vorher verfaßte. Ich bin überzeugt, daß die Macht erworbener Rechte im Vergleich zum allmählichen Durchdringen von Ideen stark übertrieben wird. Diese wirken zwar nicht immer sofort, **[323/ 324]** sondern nach einem gewissen Zeitraum; denn im Bereich der Wirtschaftslehre und der Staatsphilosophie gibt es nicht viele, die nach ihrem fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Jahr durch neue Theorien beeinflußt werden, so daß die Ideen, die Staatsbeamte und Politiker und selbst Agitatoren auf die laufenden Ereignisse anwenden, wahrscheinlich nicht die neuesten sind. Aber früher oder später sind es Ideen, und nicht erworbene Rechte, von denen die Gefahr kommt, sei es zum Guten oder zum Bösen.

Zur Allgemeinen Theorie:

http://www.keynes-gesellschaft.de/Hauptkategorien/GeneralTheory/Kernaussagen.html

Weitere Texte zu John Maynard Keynes unter:

http://www.keynes-gesellschaft.de/

http://www.keynes-gesellschaft.de/Hauptkategorien/downloads.html